

**NIEDERSCHRIFT**

zur 13. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Bildung, Kultur und Sport  
in der 17. Legislaturperiode  
am Mittwoch, 06.03.2024, im Ratssaal des Rathauses

Sitzungsbeginn: 17:05 Uhr                      Sitzungsende: 18:25 Uhr

Anwesend waren unter dem Vorsitz des  
die Ausschussmitglieder

Stadtverordneten Sebastian Ohm  
Stadtverordnete Kirsten Böhmer  
Stadtverordnete Birgit Haberhauer-Kuschel  
Stadtverordneter Michael Hoberg  
Stadtverordneter Marius König  
Stadtverordneter Kevin Risch  
Stadtverordneter Manuel Thys  
Stadtverordneter Jürgen Große  
Stadtverordneter Wolfgang Langenohl (als Vertreter)  
Sebastian Bock  
Wolfgang Dröpper  
Ruth Rüsche  
Wolfgang Dröge (als Vertreter)  
Noah Klein (als Vertreter)

die beratenden Ausschussmitglieder

Norbert Blum (Seniorenrat)  
Rüdiger König (Sportverband)  
Gerhard Oevermann (ev. Kirche)  
Bettina Rath (Grundschulen)  
Marion Schmidt-Wrobel (weiterführende Schulen)

als Gast:

Tyler Klein (Jugendparlament, zu TOP 3)  
Kimberley Kampschulte (Jugendparlament, zu TOP 3)  
Jasmin Bergmann (Jugendparlament zu TOP 3)  
Sophie Selter (Jugendparlament, zu TOP 3)

von der Verwaltung:

Bürgermeister Christian Pospischil  
Dezernent Klaus Hesener  
Stadtverwaltungsrätin Christiane Plugge  
Stadtverwaltungsrat Frank Burghaus  
Stadtamtmann Patrick Schauerte (als Protokollführer)



Stadtverordneter Thys merkte an, er habe die Verwaltung im Nachgang zum Protokoll zur 12. Sitzung dieses Ausschusses zu TOP 7 „Bürgerhaus Alter Bahnhof – Jugend.Kultur.Begegnung“ gebeten, eine Anfrage seinerseits noch der Niederschrift zur Sitzung vom 30.08.2023 beizufügen.

Stadtamtmann Schauerte führte aus, dass dieser Ergänzungswunsch erst an die Verwaltung herangetragen worden sei, als das Protokoll bereits fertiggestellt und in seiner Endversion veröffentlicht war. Eine Ergänzung sei zu diesem Zeitpunkt leider nicht mehr möglich gewesen. Da die letzte Sitzung im Jahr 2023 aufgrund des Hackerangriffs auf die Südwestfalen IT ausgefallen sei, habe man diese Ergänzung noch nicht einpflegen können und werde dies nun mit dem jetzigen Protokoll nachholen. Diesbezüglich werden die Ausführungen zu TOP 7 der Sitzung vom 30.08.2023 nun wie folgt ergänzt:

„Sodann fragte Stadtverordneter Thys vertretend für seine Fraktion „UfA“, wie die Vereine erfahren könnten, ob sie für ihre geplante Veranstaltung den Raum im Bürgerhaus kostenlos nutzen könnten, wie die Buchung konkret erfolgen solle und ob die Miete überhaupt erst gezahlt werden müsse, um dann anschließend von der Verwaltung wieder rückerstattet zu werden. Zur besseren Planung müssten die Vereine vor der Veranstaltung wissen, ob Miete zu entrichten sei oder nicht.

Stadtverwaltungsrat Frank Burghaus antwortete, die Buchung erfolge über das Online-Buchungssystem und die Miete müsse zunächst bezahlt werden. Im Nachhinein könne über sein Amt eine Erstattung der Kosten erfolgen. Dies sei eine andere Haushaltsstelle und könne daher nicht im städtischen Haushalt als Miete umgebucht werden. Herr Burghaus sicherte den Anwesenden hierzu eine unbürokratische Auskunft zur Buchung und Erstattung an die Vereine zu.“

Stadtverordnete Haberhauer-Kuschel verwies darauf, dass im Ratsinfosystem die Anlagen zum Protokoll der Sitzung vom 30.08.2023 nicht mehr auffindbar seien. Zwischenzeitlich stellte sich nach Überprüfung durch die Verwaltung heraus, dass diese laut Nachverfolgungsprotokoll am 14.09.2023 hochgeladen wurden, gegenwärtig aber – vermutlich aufgrund des Cyberangriffs – nicht mehr vorhanden seien. Eine Einstellung der gewünschten Dateien sei derzeit leider aus technischen Gründen noch nicht möglich, werde aber durch Verwaltungsangestellten Maximilian Vogt schnellstmöglich nachgeholt.

Sodann stimmten die Anwesenden wie folgt ab:

#### Beschluss:

Form und Inhalt des Protokolls über die letzte Sitzung des Ausschusses für Soziales, Bildung, Kultur und Sport am 22.11.2023 - öffentlicher Teil - wurden einstimmig bei fünf Enthaltungen gebilligt.

Beratungsergebnis: 9 Ja-Stimme(n), 0 Gegenstimme(n), 5 Stimmenthaltung(en)

## 2. Einwohnerfragestunde

Hierzu ergaben sich keine Wortmeldungen.

3. Jugendparlament  
hier: Sachstandsbericht

Die Anwesenden Mitglieder Sophie Selter, Kimberley Kampschulte, Tyler Klein und Jasmin Bergmann gaben dem Ausschuss einen ausführlichen Überblick zu den derzeitigen Projekten des Jugendparlamentes. Zunächst führte Sophie Selter aus, das Gremium habe – in Zusammenarbeit mit dem Attendorner Seniorenrat – im November und Dezember 2023 erneut das Projekt „Digital mobil im Alter“ durchgeführt und dabei 15 Seniorinnen und Senioren an die Arbeit mit Digitalen Medien herangeführt. In einer persönlichen Eins-zu-Eins Betreuung sei dabei auf die konkreten Anliegen der älteren Generation eingegangen worden und die Resonanz sei äußerst positiv gewesen. Ferner sei in Zusammenarbeit mit dem Seniorenrat die Durchführung einer Müllsammelaktion in der Innenstadt (sog. „Tag der Sauberkeit“) geplant.

Tyler Klein stellte sodann dar, dass einige Mitglieder auch im „Arbeitskreis Rawicz“ aktiv seien und hiermit das Ziel verfolgt werde, auch weitere Jugendliche und insbesondere Vertreter der Attendorner Schulen für die Städtepartnerschaft zu begeistern. In enger Absprache mit Tom Kleine von der Stadtverwaltung unterstütze das Jugendparlament den Ausbau der Partnerschaft mit der polnischen Stadt Rawicz.

Jasmin Bergmann verwies nachfolgend auf die erneute Durchführung einer groß angelegten Spendenaktion für die Attendorner Tafel. Es habe sich bereits etabliert, dass seitens des Jugendparlamentes 1-2x jährlich eine solche Spendenaktion umgesetzt werde, um bedürftigen Menschen aus Attendorn zur Seite zu stehen und soziales Engagement zu zeigen. Auch bei dem „Tag der Demokratie“ am 18.03.2024 sowie auf dem „1. Inklusiven Sportfest im Kreis Olpe“ am 04.05.2024 seien die Mitglieder vertreten, um diese Projekte aktiv zu unterstützen.

Abschließend gab Stadtamtmann Schauerte einen kurzen Sachstand zur Gestaltung der Stromverteilerkästen im Stadtgebiet und stellte dar, dass aufgrund der sich bessernden Witterung nun wieder mit der Gestaltung weiterer Kästen begonnen werden könne. Auf Nachfrage des Stadtverordneten Langenohl, wie viele Kästen bisher gestaltet worden seien, legte Stadtamtmann Schauerte dar, dass inzwischen ca. 15 Kästen künstlerisch aufgewertet worden seien. Er stellte in Aussicht, in der nächsten Sitzung hierzu einen Überblick zu den Standorten und Motiven zu geben.

Stadtverordneter Risch lobte die Arbeit und positive Weiterentwicklung des Jugendparlamentes und fragte an, ob das Gremium mit einem ständigen Vertreter in diesem Ausschuss vertreten sein könne bzw. wie diese Thematik verwaltungsseitig eingeschätzt werde. Stadtamtmann Schauerte verwies hierzu auf das Mindestalter von 18 Jahren. Generell müsse jedoch berücksichtigt werden, dass die Altersstruktur im Gremium in der Regel bei ca. 15 bis 19 Jahren liege, da vermehrt mit Eintritt der Volljährigkeit und dem Erreichen eines Schulabschlusses auch ein Wohnortwechsel einhergehe. Somit ergebe sich automatisch eine Fluktuation und vermutlich Probleme bei der langfristigen Besetzung dieses Postens. Auf Nachfrage des Stadtverordneten Risch, ob ein allgemeiner Posten für das Gremium ohne konkrete Benennung einer Einzelperson und somit eine flexible Besetzung denkbar sei, wurde verwaltungsseitig eine entsprechende Überprüfung zugesagt.

4. Gewährung eines Zuschusses zur Erneuerung des Reithallenbodens gemäß den Sportförderrichtlinien der Hansestadt Attendorn (12/2024)

Zunächst verwies Ausschussvorsitzender Ohm darauf, dass bekanntermaßen aufgrund der angespannten Haushaltslage alle freiwilligen Zuschüsse um 25 % gekürzt worden seien. Sodann nahm Stadtverordneter Langenohl darauf Bezug und bestätigte, dass diese Kürzungen freiwilliger Leistungen zwar generell unterstützt würden, das Vorgehen in diesem Einzelfall allerdings seiner Ansicht nach nicht praktikabel sei. Seine Fraktion beantrage deshalb mit insgesamt 2.720,34 Euro die sonst übliche Fördersumme gem. den Vorgaben der Sportförderrichtlinien und nicht den laut der Beschlussvorlage um 25 % gekürzten Betrag von dann nur noch 2.040,25 €.

Bürgermeister Pospischil erläuterte, dass aufgrund der angespannten Finanzsituation das Gesamtbudget für Sportvereine um 25 % gekürzt und diese Thematik bereits mit den Fraktionen ausführlich thematisiert worden sei. Ferner betreffe diese Verringerung der Zuschüsse auch andere Bereiche, wie beispielsweise die Zuschüsse für Jugendarbeit. Sofern nun die vollen Beträge ohne 25 % - Kürzung ausgezahlt würden, so bestehe im Nachgang aufgrund der anstehenden Entscheidungen zum städtischen Haushalt die Gefahr, dass nicht alle Förderungen ausgezahlt werden könnten, da die Haushaltsansätze dann möglicherweise nicht ausreichen würden. Schließlich würden die jeweiligen Ansätze bereits frühzeitig auf Grundlage der Projekte, die bis September eines Vorjahres der Verwaltung angezeigt werden müssten, kalkuliert.

Stadtsportverbandsvorsitzender König fügte an, dass die Vereine im Vorfeld auch über die anstehenden Kürzungen ausführlich informiert worden seien. Sodann zog Stadtverordneter Langenohl den oben erläuterten Änderungsantrag seiner Fraktion zurück und die Mitglieder des Ausschusses stimmten wie folgt über den Beschlussvorschlag ab:

Beschluss:

Der Reit- und Fahrverein Attendorn-Askay e. V. erhält nach den Sportförderrichtlinien der Hansestadt Attendorn für die Erneuerung des Reithallenbodens einen Zuschuss in Höhe von 2.040,25 €.

Der Bürgermeister kann für unvorhergesehene Maßnahmen nach vorheriger Genehmigung bis zu 10 % höhere Baukosten anerkennen und entsprechend bewilligen. Baukostenüberschreitungen von über 10 % sind dem Ausschuss für Soziales, Bildung, Kultur und Sport zur Entscheidung vorzulegen.

Grundlage für den zu ermittelnden Zuschuss ist die Vorlage eines prüfungsfähigen Verwendungsnachweises.

Beratungsergebnis: Einstimmig, 0 Enthaltung(en)

5. Anträge zur Errichtung von multifunktionalen Spielfeldern (Vorlage 13/2024)

Vorsitzender Ohm gab bekannt, dass aufgrund des Ausfalls der November-Sitzung dieses Ausschusses der vorliegende Beschlussvorschlag erst jetzt zur Abstimmung stehe. Stadtverordneter Risch gab zu bedenken, dass seiner Fraktion der vorliegende Beschlussvorschlag insgesamt zu vage formuliert sei und darin eine detailliertere Planung

und ein Zeitablauf fehle. Zweifelsohne nehme die Bedeutung multifunktionaler Nutzung von Sportstätten jedoch immer mehr zu, um diese zukunftsfähig aufzustellen.

Bürgermeister Pospischil bezog sich auf die Ergebnisse des Sportstättenentwicklungskonzeptes und das Ergebnis darin, dass es gegenwärtig und insbesondere zukünftig keine Sportmonokultur mehr geben werde. Der Aspekt der Multifunktionalität spiele eine immer wichtigere Rolle. Dies habe allerdings zur Folge, dass es sich um einen dynamischen Prozess handle. Um diese Entwicklungen fortlaufend anzupassen und die Thematik dahingehend auszurichten, werde zeitnah die Arbeitsgruppe zur Sportentwicklungsplanung wieder zusammengerufen. Er stellte in Aussicht, darin auch das Jugendparlament zu involvieren. Es gehe nun vorerst um eine konzeptionelle Ausrichtung dieser Angelegenheit.

Stadtverordnete Haberhauer-Kuschel fügte für die UfA-Fraktion an, dass zum jetzigen Zeitpunkt noch zahlreiche Fragen zu prüfen seien und ihre Fraktion daher dem vorliegenden Beschlussvorschlag folgen könne. Sie schlug ergänzend vor, sich ggf. auch bei anderen Kommunen umzuschauen und deren Erfahrungen – beispielsweise in Bezug auf die Errichtung sog. Multifunktionsfelder – in die weitere Beurteilung einfließen zu lassen.

Nachfolgend stimmten die Anwesenden wie folgt über den Beschlussvorschlag ab:

Beschluss:

Der Bürgermeister wird beauftragt, die Anträge der SPD-Fraktion und von Herrn Michael Siepe zur Errichtung von multifunktionalen Spielfeldern kurzfristig der im Rahmen der Erstellung der Sportentwicklungsplanung der Hansestadt Attendorn gegründeten Planungsgruppe vorzulegen. Diese soll gebeten werden, die Anträge anschließend inhaltlich und konzeptionell unter Berücksichtigung der aktuellen Haushaltssituation zu bewerten und das Ergebnis erneut dem Ausschuss vorlegen.

Beratungsergebnis: Einstimmig, 0 Enthaltung(en)

6. Situation der Asylbewerber und Flüchtlinge in der Hansestadt Attendorn  
hier: Sachstandsbericht

Stadtverwaltungsrätin Plugge führte einleitend aus, dass die Hansestadt Attendorn derzeit im Bereich der Asylbewerber eine Quotenerfüllung von 100,5 % (+ 2 Personen) aufweise, jene der Anerkannten betrage gegenwärtig 82 % (- 61 Personen). Seit der letzten Ausschusssitzung am 30.08.2023 seien insgesamt 129 Personen neu aufgenommen worden. Gesamtübergreifend ergebe sich durch die Personenkreise der Asylbewerber im laufenden Asylverfahren, der Geduldeten, der Anerkannten sowie der Ukraine-Flüchtlinge eine Gesamtanzahl von ca. 900 Personen in Attendorn. Auch vor diesem Hintergrund versuche die Verwaltung, stetig die Unterbringungskapazitäten durch Anmietung bzw. Kauf von Privatimmobilien zu erhöhen.

Die kreisweite Puffereinrichtung für Ukraine-Flüchtlinge in Eichhagen werde zum 31.03.2024 schließen. Eine Umsiedlung von Bewohnern dort stehe für Attendorn nicht an, da diese Einrichtung bisher nicht genutzt werden musste.

In Bezug auf die beiden Unterkünfte am Heggener Weg und im Collegium Bernardinum stelle sich die Situation gegenwärtig so dar, dass in erstgenannter Unterkunft zwischen-

zeitlich die ersten 8 Personen eingezogen seien, im Konvikt hingegen nahezu Vollbelegung herrsche, da dort bereits fast 50 Personen untergebracht seien. Abschließend teilte Stadtverwaltungsrätin Plugge mit, dass die neue Wohncontainer-Anlage im Schwalbenohl nach jetzigem Sachstand ca. Ende April bezugsfertig sei.

Ausschussmitglied Risch erkundigte sich, wie das hiesige Amt für Soziales, Jugend, Familien und Senioren die in den Medien zuletzt präsente Thematik zur Einführung der „Bezahlkarte“ für Asylbewerber beurteile. Darüber hinaus habe er nochmals von einer Müllproblematik an der Unterkunft Im Schwalbenohl mitbekommen und bat hierzu um eine kurze Darstellung des Sachstandes, auch hinsichtlich der Aufwertung der Außenanlagen an der dortigen Unterkunft.

Stadtverwaltungsrätin Plugge führte aus, dass die rechtlichen Rahmenbedingungen derzeit noch nicht bekannt seien. Dennoch stehe das Sozialamt der Einführung positiv gegenüber, da hiermit eine bessere Kontrolle der Anwesenheit aller Bewohnerinnen und Bewohner vor Ort möglich sei. Auch die Überweisung möglicher Gelder in´s Ausland werde dadurch unterbunden. Hinsichtlich des Wohnumfeldes im Schwalbenohl werde zunächst der Aufbau der zweiten Containeranlage abgewartet, da in diesem Zuge noch Erdarbeiten etc. durchgeführt würden. Im Anschluss werde die Aufwertung der Außenanlage (bspw. durch Heckenbepflanzung) in die Wege geleitet. Die Müllproblematik hingegen sei immer wieder ein Problem. Zunächst nehme die Anzahl der Unterkünfte und die Belegungszahl stetig zu. Ferner seien bereits auf Initiative der Verwaltung Infoveranstaltungen zur Mülltrennung durchgeführt und durch entsprechende Beschilderungen in den Unterkünften, Info-Broschüren etc. für dieses Thema sensibilisiert worden. Auch durch Vor-Ort-Kontrollen werde dies kontinuierlich überprüft, aber in Einzelfällen trete diese Problematik leider immer wieder auf und lasse sich auch nicht gänzlich verhindern.

## 7. Bekanntgaben

### 7.1 Umorganisation der Kath. Grundschule Sonnenschule ins Collegium Bernardinum

Bürgermeister Pospischil gab Folgendes bekannt:

„Zur Erarbeitung eines pädagogischen Raumfunktionsbuchs in Bezug auf einen möglichen Umzug der Kath. Grundschule Sonnenschule ins Collegium Bernardinum wurde zwischenzeitlich ein externes Büro beauftragt. Neben einer öffentlichen Kick-Off Veranstaltung soll in Kürze auch eine Terminfestlegung für die entsprechenden Erarbeitungsworkshops unter Leitung des Büros „LernLandschaft“ stattfinden.

Der Teilnehmerkreis für die Workshops sieht neben Vertretern der Schulleitung, der Lehrerschaft, der OGS und der Verwaltung auch zwei Teilnehmer aus dem politischen Kreis vor.

Es wird vorgeschlagen, den Vorsitzenden und stellv. Vorsitzenden dieses Ausschusses dafür zu benennen.“

### 7.2 Besetzung von Funktionsstellen in den städtischen Grundschulen

Bürgermeister Pospischil verlas folgende Bekanntgabe in o. g. Thematik:

„Laut Mitteilung der Bezirksregierung Arnsberg sind die Verfahren zur Besetzung der Konrektoren-Stellen an der Gemeinschaftsgrundschule Attandara, der Gemeinschaftsgrundschule Ennest und der Kath. Grundschule Helden nunmehr abgeschlossen.

Zunächst für eine Erprobungszeit von 6 Monaten wurden die Stellen mit folgenden Bewerbern besetzt:

- Frau Aniko Raabe als Konrektorin an der KG Marienschule in Attendorn-Helden
- Herrn Jürgen Deitert als Konrektor der GS Attendorn-Ennest
- Frau Stefanie Funke als Konrektorin an der GG Attandara“

### 7.3 Eingangsklassenbildung 2024/2025

Bürgermeister Pospischil wies darauf hin, dass diese Bekanntgabe dem Sitzungsprotokoll als **Anlage 1** beigefügt werde.

### 7.4 Förderprogramm "Mein Dorf - Gemeinsam stark!" hier: Antrag des Dorfvereins Neu-Listernohl e. V.

Bürgermeister Pospischil führte aus, dass die Bekanntgabe hierzu aufgrund der Ausführlichkeit ebenfalls als **Anlage 2** in das Protokoll eingepflegt werde.

### 7.5 Aufsuchende Jugendarbeit (AJA) in Attendorn

Diese Bekanntgabe ist ebenfalls dem Protokoll als **Anlage 3** zu entnehmen.

### 7.6 Nächste Sitzung des Ausschusses für Soziales, Bildung, Kultur und Sport am 03.06.2024

Bürgermeister Pospischil gab bekannt, dass die nächste Sitzung dieses Ausschusses am Montag, 03. Juni 2024 um 17.00 Uhr im Bürgerhaus „Alter Bahnhof“ in den neuen Räumlichkeiten des Attendorner Jugendzentrums stattfinden werde. Vorher erfolge um 16.30 Uhr eine Besichtigung des Jugendzentrums.

## 8. Anfragen gemäß § 18 der Geschäftsordnung

### 8.1 Sozialer Wohnungsbau

Stadtverordneter Langenohl bezog sich auf das Thema „Sozialer Wohnungsbau“ und erkundigte sich hierzu nach dem aktuellen Sachstand.



Bürgermeister Pospischil stellte fest, dass in dieser Thematik eine inhaltliche Abgrenzung zum Ausschuss für Planen, Bauen, Klima- und Umweltschutz (PBKU) wichtig sei, da bauliche Aspekte vorrangig dort zu thematisieren seien, die inhaltliche Debatte dazu allerdings diesem Ausschuss zuzuteilen sei. In den vergangenen Jahren habe es seitens des Bundes und Landes kaum Fördermöglichkeiten für Sozialen Wohnungsbau gegeben. Dadurch und insbesondere aufgrund gestiegener Baukosten sei es kaum möglich gewesen, analog zum Objekt „Osemundweg 2 und 4“ Investoren zu finden. Dies habe sich zwischenzeitlich geändert und neue Fördermöglichkeiten seien zum Teil wieder abrufbar. Die Chance, ähnlich wie in Neu-Listernohl private Investoren zu akquirieren, habe sich hierdurch erhöht und dies sei auch für das Bauprojekt „Am Hellepädchen“ entsprechend eingeplant.

## 8.2 Elterntaxis

Stadtverordneter Risch bezog sich auf einen Antrag zu „Elterntaxis“ aus dem Jahre 2020 und erfragte den aktuellen Sachstand hierzu.

Bürgermeister Pospischil bestätigte, dass diese Thematik auf die Tagesordnung einer der nächsten Sitzungen des Fachausschusses gesetzt werden müsse, um die Debatte neu aufzugreifen.

## 8.3 Probleme im Umfeld der Rundturnhalle

Stadtverordneter Große fragte an, ob der Angriff mit Pfefferspray auf den Hallenwart der Rundturnhalle den Anwesenden bekannt sei und ob es bereits Überlegungen gebe, die Sicherheit im dortigen Umfeld durch geeignete Maßnahmen zu erhöhen.

Bürgermeister Pospischil gab bekannt, dass auf dieser Grundlage zunächst das Gespräch mit der örtlichen Polizeiwache gesucht werde, um gemeinsame Lösungsansätze zu erarbeiten und die Gesamtsituation dort zu analysieren.

## 9. Einwohnerfragestunde (nur zu den behandelten Tagesordnungspunkten)

Keine.

Der Vorsitzende:

Der Schriftführer:

Gesehen:

Der Bürgermeister: